



17.02.2016

• Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2015 für die Polizeidirektion Lüneburg

- Erneut deutlicher Anstieg der bekannt gewordenen Fälle
- Hohe und leicht verbesserte Aufklärungsquote
- Mehr Wohnungseinbrüche
- Flüchtlinge nicht überproportional auffällig

„Die Menschen im Bezirk der Polizeidirektion Lüneburg leben sicher“, so Polizeipräsident Robert Kruse bei der Vorstellung der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für den Bezirk der Polizeidirektion Lüneburg (Zuständigkeitsbereich: Landkreise Harburg, Heidekreis, Celle, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Rotenburg und Stade).

Die hohe Aufklärungsquote der letzten Jahre konnte auch im Jahr 2015 gehalten und -trotz des Anstieges der Zahl der bekannt gewordenen Fälle- sogar noch leicht gesteigert werden. Von insgesamt 83.174 Straftaten (2014: 78.111) konnten 61,68 % (2014: 61,14 %) aufgeklärt und insgesamt 32.987 (2014: 32.678) Tatverdächtige ermittelt werden.

„Es zeigt sich, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Zusammenspiel von Ermittlungsbereichen und den Einsatz- und Präsenzdiensten, professionell und erfolgreich arbeiten“, so Polizeipräsident Robert Kruse.

Die Häufigkeitszahl („HZ“, Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner) liegt mit 6.728 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Mittelfeld des Landesvergleichs und damit immer noch deutlich unter der landesweiten „HZ“ von 7.263 Straftaten pro 100.000 Einwohner.

Der Anstieg der Fallzahlen resultiert im Wesentlichen aus zwei Deliktsfeldern. Dies sind zum einen die Diebstahlsdelikte, die um +2.879 auf 32.445 Fälle stiegen, sowie aus den Vermögens- und Fälschungsdelikten (vorwiegend Betrug und Unterschlagung), die um +1.606 Fälle auf insgesamt 15.337 Fälle anstiegen. Somit ergibt sich allein aus diesen beiden Deliktsfeldern ein Gesamtzuwachs von 4.485 Taten. Daneben sind die sonstigen Straftatbestände gem. StGB und die Taten zu strafrechtlichen Nebengesetzen (u.a. Rauschgiftdelikte) für einen kleineren Anteil an der Steigerung verantwortlich.

Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung wird folglich auch zukünftig die Bekämpfung und Aufklärung der Eigentumsdelikte sein, da sowohl Ladendiebstähle als auch Haus- und Wohnungseinbruchdiebstähle im Wesentlichen für die Steigerungsrate der Fallzahlen verantwortlich sind. Allein im Bereich der Haus- und Wohnungseinbrüche ist ein deutlicher Anstieg um +1.098 auf 3.344 Fälle (2014: 2.246) zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote für den Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl liegt für die PD Lüneburg bei 23,74 % und damit über dem Landesschnitt von 22,2%.

„Durch die Nähe zu den Metropolregionen Hamburg, Bremen/Oldenburg und Hannover/Braunschweig mit einer sehr guten Anbindung an die Bundesautobahnen ist die PD Lüneburg für reisende Täter gut zu erreichen und leider ein attraktives Ziel.“, ergänzt Robert Kruse. Bei Einbruchdiebstählen ist das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger besonders betroffen. „Gemeinsam mit den Polizeiinspektionen ergreift die PD Lüneburg Maßnahmen, um Einbruchdiebstähle zu verhindern und noch besser aufklären zu können“ führt Polizeipräsident Kruse dazu aus. „Wir setzen neben effektiver Polizeiarbeit auch auf die Hilfe der Bürgerinnen und Bürger, und appellieren, verdächtige Beobachtungen, auch wenn sie persönlich wenig bedeutsam erscheinen, an die Polizei zu melden, denn der Schlüssel zum Erfolg liegt in der wirkungsvollen Bekämpfung und der Unterstützung durch eine aufmerksame Bevölkerung. Auch bauliche Vorkehrungen können helfen, die Zahl der Einbrüche zu reduzieren. Im letzten Jahr blieben 37,8 % der Einbrüche im Versuchsstadium stecken. Die verstärkte Sicherung von Häusern und Wohnungen sollte noch weiter ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken, da sie eine wirksame Maßnahme gegen Einbrüche darstellt. Hier stehen auch die Präventionsteams der Polizeiinspektionen für Beratungen als Ansprechpartner zur Verfügung.“

Seit Anfang September 2015 sind mehr als 10.000 Flüchtlinge im Bezirk der Polizeidirektion Lüneburg in Not-/Behelfsunterkünften bzw. in den Kommunen untergebracht.

Die öffentliche Diskussion um steigende Fallzahlen aufgrund der wachsenden Zahl an Flüchtlingen lässt sich nur bedingt beleuchten. Erst Anfang November 2015 wurde wegen des sprunghaft gestiegenen Flüchtlingszustroms eine spezielle Auswertemöglichkeit geschaffen, um Straftaten von und gegen Flüchtlingen zielgenau erfassen zu können.

Für den Tatzeitraum vom 05.11.2015 (Beginn spezielle Auswertemöglichkeit) bis zum 31.12.2015 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg insgesamt 12.650 Straftaten polizeilich erfasst. Davon sind in 574 Deliktsfällen Flüchtlinge tatverdächtig. Hierbei handelt es sich jedoch um eher „niedrigschwellige“ Straftaten, häufig wechselseitig unter Flüchtlingen begangen. Ein Grund hierfür dürfte die besondere, oft sehr beengte, Unterbringungssituation Not- und Behelfsunterkünften sein.

Als Schwerpunkte bei den erfassten, durch Flüchtlinge begangene, Straftaten kristallisieren sich die Begehung von Körperverletzungen (vorwiegend sog. „einfache Körperverletzungen“) in den Unterkünften sowie Ladendiebstähle heraus. Weiterhin entfällt ein wesentlicher Anteil auf ausländerrechtliche Verstöße.

Belastbare Aussagen sind wegen des erst kurzen Betrachtungszeitraumes kaum möglich. Bisher deuten die vorliegenden Zahlen aber nicht auf eine besorgniserregende Beteiligung von Flüchtlingen am Kriminalitätsgeschehen hin.

Erfreulich ist, dass sich der durch die Straftaten entstandene finanzielle Schaden trotz Anstieges der Fallzahlen erneut reduziert hat und mit 58.987.597 EUR (2014: 74.105.065 EUR) deutlich unter der Zahl des Vorjahres liegt.

„Wir haben es zurückliegend zwar geschafft, trotz der steigenden Belastungen z. B. durch personalintensive Sicherung von Gerichtsverfahren oder der ergänzenden Aufgabenbewältigung durch die Flüchtlingssituation im Herbst, die hohe Aufklärungsquote bei wachsenden Straftatenzahlen zu halten“, stellt Robert Kruse abschließend fest. Dennoch müssen wir uns speziellen Bereichen noch intensiver widmen. Ich setze hier auf die weiterhin gute Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Lüneburg und das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung.

Die Unterstützung der Polizei durch die Bevölkerung ist allerdings nicht als Aufruf zu verstehen, sich in Bürgerwehren zu organisieren. „Der Staat hat das Gewaltmonopol und sorgt für Sicherheit“, betont Robert Kruse, „Bürgerwehren bergen eher Sicherheitsrisiken.“

Anlagen zu Pressemitteilung der Polizeidirektion Lüneburg zur PKS 2015.

